

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

p/XXV/42

Bonn, den 4. März 1970

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite Zeilen

1 Vor einem Jahr 40

Am 5. März 1969 wurde Dr. Dr. Gustav Heinemann  
zum Bundespräsidenten gewählt

2 Wieder im Kommen 28

Zum Erfolg der dänischen Sozialdemokraten bei den Kommunalwahlen

3 Hamburg eröffnet den Reigen 47

Zum Beginn des Wahlkampfes in der Hansestadt

4 - 5 US-Stützpunkte: Mittelpunkt der spanischen Diplomatie 71

Nur noch beschränkte Aufenthaltsdauer der Amerikaner

Von unserem HD-1-Korrespondenten in Madrid

A N H A N G

"Die gute alte Zeit" 31

Betriebsverordnungen aus der Mitte des vorigen Jahrhunderts

Vor einem Jahr  
-----

Am 5. März 1969 wurde Dr. Dr. Gustav Heinemann  
zum Bundespräsidenten gewählt

sp - Die Wahl von Dr. Dr. Gustav Heinemann mit den Stimmen der SPD und der FDP zum Präsidenten der Bundesrepublik Deutschland ist in der ganzen Welt mit Anerkennung und Respekt begrüßt worden.

Als sich am 5. März 1969 die Wahlmänner der Bundesversammlung in Berlin versammelten, konnte niemand mit Gewißheit sagen, wie der neue Präsident heißen würde. CDU und CSU waren entschlossen, ihren Kandidaten, den damaligen Verteidigungsminister Dr. Gerhard Schröder, mit den Stimmen der NPD zu wählen. Was das für das Ansehen der Bundesrepublik bedeutet hätte, dürften wohl heute auch jene erkannt haben, die seinerzeit kein Argument gegen die Koalition von Christdemokraten und den Abgeordneten der Thadden-Partei gelten lassen wollten. Heute geht man mit Schweigen darüber hinweg; vergessen ist die ursprüngliche Absicht der Christdemokraten jedoch nicht...

Nach der Wahl des neuen Präsidenten schrieben wir:

- \* "Der neue Präsident ist kein bequemer Mann. Unbestechlich im
- \* Urteil, fern von jedem Opportunismus ist er immer den Weg sei-
- \* nes Gewissens gegangen. In seiner Person verbinden sich die Tu-
- \* genden des beharrlichen Strebens nach Fortschritt, der Toleranz
- \* gegenüber Andersdenkenden und des ausgeprägten Sinns für Ge-
- \* rechtigkeit."

Wir haben uns gewiß nicht getäuscht. Bundespräsident Dr. Dr. G. Heinemann hat in dem einen Jahr seiner Amtsführung der Bundesrepublik Deutschland neues Vertrauen erbracht. Im Lande selbst wird er heute anerkannt als ein Mann, dessen vorbildliche Einfachheit natürliche Würde ausstrahlt, eine Würde, die das Fundament jeder Autorität ist.

In den benachbarten Niederlanden wurde Heinemann als Freund empfangen, weil jedermann von ihm weiß, daß er ein Deutschland repräsentiert, das nichts mit jenen Verderbern unseres Vaterlandes zu tun hat, die soviel Leid über unsere Nachbarländer und unser eigenes Volk brachten. In Kürze wird der Bundespräsident Dänemark, Norwegen und Schweden besuchen. Auch Dänemark und Norwegen haben unter der deutschen Besatzung gelitten und auch hier wird der neue Bundespräsident als Freund und würdiger Vertreter des demokratischen Deutschland erwartet.

Wir Sozialdemokraten sind stolz darauf, daß Heinemann aus unseren Reihen hervorgegangen ist. Nach Friedrich Ebert, dem sozialdemokratischen Präsidenten der ersten deutschen Republik, steht Heinemann heute an der Spitze der Bundesrepublik Deutschland als Repräsentant eines Volkes, das in seiner überwältigenden Mehrheit die Demokratie als Staats- und Lebensform bejaht.

+ + +

Wieder im Kommen  
-----

Zum Erfolg der dänischen Sozialdemokraten bei den Kommunalwahlen

sp - Die Serie sozialdemokratischer Wahlsiege in Europa, die mit einem spektakulärem Erfolg bei den schwedischen Reichstagswahlen begann, in der Bundesrepublik Deutschland die SPD am 28. September 1969 zur führenden Regierungspartei werden ließ, in der zweiten Republik Österreichs zum erstenmal einen Sozialdemokraten auf den Kanzlerstuhl bringen wird, ist bei den Gemeindewahlen in Dänemark fortgesetzt worden.

Dort haben die Sozialdemokraten die Schlappe wiedergutmacht, die sie bei den letzten Reichstagswahlen erlitten hatten und die sie in die Opposition gedrängt hatten. Sie gewannen bei den Gemeindewahlen im Durchschnitt ein Mehr von fast 7 Prozent Stimmenanstieg. In Kopenhagen errangen sie wieder die absolute Mehrheit.

Dieser Stimmengewinn verteilt sich auf das ganze Land. Ihre Konkurrenz von der linken Seite, die Sozialistische Volkspartei mußte einen 50-prozentigen Verlust hinnehmen. Von den sogenannten bürgerlichen Parteien verloren die Konservative Volkspartei ein Fünftel ihrer bei den letzten Wahlen für sie abgegebenen Stimmen - ein Aderlaß, von dem sie sich kaum erholen dürften.

Die dänische Sozialdemokratie, angespornt durch diesen Erfolg, hat begründete Aussicht, bei den nächsten Parlamentswahlen wieder den Ministerpräsidenten zu stellen.

Die Wahlen in Schweden, in der Bundesrepublik Deutschland, in Österreich und nun in Dänemark weisen bei allen Unterschieden der Parteienstruktur eine gemeinsame Grundtendenz auf: Die konservativen Parteien verloren überall an Boden, die Sozialdemokraten stiegen bis zur Spitze vor und die Kommunisten bleiben zur Rolle einer hoffnungslosen Minderheit verurteilt. Sie haben die Zukunft hinter sich. Sie gehört der Sozialdemokratie.

### Hamburg eröffnet den Reigen

---

#### Zum Beginn des Wahlkampfes in der Hansestadt

re. - Am 22. März wählt die Bevölkerung der Hansestadt Hamburg mit ihren über 1,8 Millionen Bürgern ein neues Abgeordneten-Haus und die Vertreter der sieben Bezirksversammlungen. In Hamburg findet der erste politische Test nach der Bundestagswahl vom September letzten Jahres und nach der Bildung der sozial-liberalen Koalition aus SPD und FDP in Bonn statt. Der Reigen der fünf Landtagswahlen in diesem Jahr in der Bundesrepublik wird in Hamburg eröffnet.

In der zweitgrößten Stadt der Bundesrepublik herrscht ein welt-offenes, soziales und liberales Klima. Nach dem Krieg, in dem Hamburg grauhaft zerstört worden war, haben die Sozialdemokraten in Bürgerschaft und Senat - zeitweise mit den Freien Demokraten - dafür gesorgt, dass Hamburg sich weit nach vorn geschoben hat. Die Bevölkerung hat sich in steigender Zahl zu den Sozialdemokraten bekannt. Von den 120 Mandaten in der Bürgerschaft erhielt die SPD im November 1957 69, im November 1961 72 und im März 1966 74 Mandate. Die CDU fiel demgegenüber von 41 (1957) auf 38 (1966) zurück. Für die Freien Demokraten, die von zehn auf acht Mandate abgesunken sind, kommt es bei der jetzigen Bürgerschaftswahl darauf an, ihren Besitzstand zu verbessern.

Hamburgs Sozialdemokraten haben unter ihrem Ersten Bürgermeister, Professor Dr. Herbert Weichmann, und dem Vorsitzenden der SPD-Bürgerschaftsfraktion - als Wahlkampfleiter -, Oswald Paulig, den Wahlkampf letzte Woche eröffnet. Es wird ein Wahlkampf der direkten Aussprache mit dem Hamburger Bürger sein. Die Wähler Hamburgs erhalten Gelegenheit, sich mit den Regierungsmitgliedern zu unterhalten. Das wird auch in "fliegenden Wahlaussprachen" möglich sein, bei denen Busse verwendet werden. Es geht den Sozialdemokraten in Hamburg nicht nur darum, in Wahlkundgebungen das Programm vorzutragen, sondern in der direkten Aussprache mit dem Bürger zu diskutieren, ihn zu überzeugen. Die Sozialdemokraten Hamburgs sind davon überzeugt, dass eine "informierte Gesellschaft" am sichersten bestimmen kann, wer in der Hansestadt weiter regieren soll.

Wer die Verhältnisse in Hamburg und die Aufgeschlossenheit ihrer Bürger kennt, kommt zu der Feststellung, dass die Wahlparole der Christlichen Demokraten "Mehr Demokratie ins Rathaus" an den Tatsachen vorbeigeht. Kaum in einer anderen deutschen Stadt ist nämlich die Politik des Rathauses, die Politik für den kleinen Bürger so transparent und so sozial wie in Hamburg. Die Wähler Hamburgs dürften sich kaum wieder der CDU, die sich immer auf Interessentengruppen abstützte, zuwenden.

Die Freien Demokraten werben mit der Wahlparole "Schickt die Lotsen an Bord". Nun, sie hatten im November 1961 darauf verzichtet, eine Koalition mit den Sozialdemokraten einzugehen. Am Tage nach der Wahl, dem 23. März, wird aber darüber zu sprechen sein, ob die FDP wieder am Senat beteiligt werden möchte. Jedenfalls hat die Hamburger SPD bereits einen ihrer sechs Sendetermine im Fernsehen für die Wahlwerbung der FDP überlassen. Über Koalitionen freilich wird erst nach der Wahl gesprochen.

US-Stützpunkte: Mittelpunkt der spanischen Diplomatie

Nur noch beschränkte Aufenthaltsdauer der Amerikaner

Von unserem HD-1-Korrespondenten in Madrid

Bis zum 26. September muß die spanische Diplomatie das bisher auf die lange Bank geschobene Zentralthema der Zukunft der US-Stützpunkte in Verhandlungen mit Washington "so oder so" geregelt haben. Einige Symptome der jüngsten Zeit werfen die Frage auf, ob Spanien und die USA an der Beibehaltung dieser Stützpunkte über einen größeren Zeitraum hinaus noch interessiert sind. So wurde in Madrid eine Vereinbarung zwischen dem spanischen Luftfahrtsministerium und der französischen Flugzeugindustrie über den Bau von 30 "Mirage"-V-Düsenjägern und eine darüber hinausgehende spanisch-französische Zusammenarbeit im Flugzeugbau unterzeichnet. Die spanisch-französischen Kontakte haben sich seit der im Oktober begonnenen Ära der neuen Madrider Regierung zu einer echten "Entente cordinale" Paris-Madrid ausgeweitet, was naturgemäß zu einer Distanzierung Spaniens gegenüber Washingtons führen muß.

Wenn bis zum 26. September kein neues Stützpunktabkommen zwischen Madrid und Washington zustandekommt, müssen die USA die Luftstützpunkte Torrejón bei Madrid und El Morón bei Sevilla sowie die "Polaris"-Basis Rota demontieren. Der bereits stillgelegte Militärflugplatz von Saragossa, die zwischen Rota und den Luftstützpunkten bestehende Treibstoff-Pipeline und andere Nachschubeinrichtungen in spanischen Häfen würden dann an Spanien fallen. Im Zeitalter der interkontinentalen Raketen haben die Luftstützpunkte längst ihre bisherige Bedeutung verloren; nur auf die Beibehaltung des Luft-See-Stützpunktes Rota wollen die Amerikaner einstweilen nicht verzichten. Auf den Flughäfen wurden bereits Massentlassungen spanischer Arbeiter durchgeführt.

Zwischen 1953 und 1961 wollen die USA an Spanien als Stützpunkt-pacht insgesamt 1.299 Mio. Dollar und 602 Mio. Dollar als Kredite für spanische Rüstungskäufe in der USA gewährt haben. Spanien war durch die zweiseitigen Verträge niemals indirektes NATO-Mitglied oder echter Bundesgenosse der USA geworden, sondern nur reiner "Verpächter". Die Eingriffsmöglichkeiten der Spanier waren bedeutend: Nach dem Absturz eines US-Atombombers über Palomares im Januar 1966 verbot Spanien die

Lagerung von Kernwaffen auf seinem Hoheitsgebiet, das Klima mit Washington, bereits in der Ära Kennedy unterkühlt, hatte sich weiter verschlechtert.

Schon damals geriet Madrid ins Fahrwasser de Gaulles und war nach Frankreich der zweitwichtigste Goldaufkäufer über den Eurodollar-Markt. Bereits seit 1961 erhält Spanien keine US-Wirtschaftshilfe mehr, weil sich Madrid stets weigerte, den schwunghaften Kuba-Handel einzustellen. Neben Frankreich hatte sich Spanien immer um ein gutes diplomatisches Verhältnis zu Castro bemüht.

Die spanische Diplomatie operierte zwar geschickt, aber nicht immer glücklich. So sicherte sie sich ein Mitspracherecht in allen Angelegenheiten der Stützpunkte, über die Madrid eine lückenlose Kontrolle ausübt. Noch vor dem Auftauchen der Sowjetflotte im Mittelmeer mußte Washington den Spaniern die "territoriale Unversehrtheit" garantieren und außerdem jährlich 50 Mio. Dollar für spanische Rüstungskäufe in den USA zur Verfügung stellen.

Diese Sicherheitsgarantien reichten Spanien bald nicht mehr aus. Der frühere Außenminister Fernando M. Castiella entwickelte die nach ihm benannte "Castiella-Doktrin", die den Abzug der Sowjets und der Amerikaner aus dem Mittelmeer verlangt und sich mit den Vorstellungen der französischen Politik völlig deckt.

Im US-Senat hatte sich der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses, J. William Fulbright, gegen die Verlängerung der Stützpunktverträge und gegen Sicherheitsgarantien an Spanien ausgesprochen und die Regierung in Washington darauf hingewiesen, daß solche Garantien nicht ohne Zustimmung des Senats wirksam werden könnten. Castiella hatte 1968 versucht, Militärhilfe von einer Milliarde Dollar für fünf Jahre zu erhalten. Auch 700 Mio. Dollar wollte Washington nicht zugestehen. Mit der republikanischen Nixon-Regierung und dem spanischen Verlangen nach einer US-Sicherheitsgarantie geriet das Stützpunkt-Vertragswerk in den Strudel innerpolitischer Polemiken in den Vereinigten Staaten.

Neben den Befürwortern eines spanischen NATO-Beitritts, der in Madrid nach wie vor nicht ins Auge gefaßt wird, meldeten sich die Gegner der Stützpunktabmachungen mit Spanien lautstark zu Wort. Madrid und Washington blieb im Juni 1969 nur noch die Flucht in den Kompromiß: Der Vertrag wurde bis 26. September 1970 verlängert. Kommt bis dahin kein neuer Vertrag zustande, so gilt der 26. September 1971 als Stichtag, an dem die Räumung der spanischen Stützpunkte durch die Amerikaner beginnen muß.

"Die gute alte Zeit"

Betriebsverordnungen aus der Mitte des vorigen Jahrhunderts

Wer heutzutage über des Alltags Müh und Plag stöhnt, wem es mit der Arbeitszeitverkürzung nicht schnell genug gehen kann, dem sei empfohlen, ein wenig in den Annalen der Vergangenheit zu blättern. Vielleicht stößt er dann auf die Betriebsverordnungen, wie sie zwischen 1863 und 1872 in den Hamburger Amtsstuben aushingen, zur gefälligen Beachtung, versteht sich.

- \* "Das Personal braucht jetzt nur noch an Wochentagen zwischen 6
- \* Uhr vormittags und 6 Uhr nachmittags anwesend zu sein", heißt es
- \* einleitend. Darüber hinaus werde jedoch von jedem die Ableistung
- \* von Überstunden erwartet, falls das Geschäft es erfordere. Daß
- \* es dafür keinen Heller zusätzlich gab, hielten die Verfasser der
- \* Betriebsverordnung nicht für erwähnenswert. Dafür jedoch folgen-
- \* den Passus: "Einfache Kleidung ist Vorschrift. Das Personal darf
- \* sich nicht in hellschimmernden Farben bewegen und nur ordentliche
- \* Strümpfe tragen. Außerdem wird empfohlen, in Winterszeiten täg-
- \* lich vier Pfund Kohle mitzubringen." Letzteres lag im Interesse
- \* der Angestellten selbst, denn bei Erkältungen gab es damals noch
- \* keine Lohnfortzahlung im Krankheitsfall. "Jedes Personalmitglied
- \* hat die Pflicht, für die Erhaltung seiner Gesundheit zu sorgen,
- \* im Krankheitsfall wird die Lohnzahlung eingestellt. Es wird da-
- \* her dringend empfohlen, daß jedermann von seinem Lohne eine hü-
- \* bsche Summe für einen solchen Fall wie auch für die alten Tage
- \* beiseitelegt..." Auch folgende Passage verdient, zitiert zu wer-
- \* den: "Während der Bureaustunden darf nicht gesprochen werden.
- \* Die Einnahme von Nahrung ist zwischen 11.30 Uhr und 12.00 Uhr
- \* erlaubt. Jedoch darf die Arbeit dabei nicht eingestellt werden."

Angesichts solcher Anforderungen klingt der letzte Satz der Verordnung heute wie Hohn in unseren Ohren: "Zum Abschluß sei die Großzügigkeit dieser neuen Bureauordnung betont. Zum Ausgleich wird eine wesentliche Steigerung der Arbeit erwartet." Ja, ja, die gute alte Zeit...

H.M.

Entnommen der "Süddeutschen Zeitung"